

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Herausf. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Direktor:
Riesa Nr. 52.

Nr. 264.

Donnerstag, 10. November 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Amerika, du hast es besser.

qu. Raum liegen die deutschen Reichstagswahlen hinter uns, da ist in den Vereinigten Staaten Nordamerikas die große Wahlschlacht geschlagen, die andere Dimensionen hat, wie die deutsche Wahl und sich anders auswirkt, als eine Wahlabstimmung bei uns. Schon vor den Wahlen ist das amerikanische Volk in Rieber. Man hat behauptet, die letzten deutschen Wahlen wären (sag gewesen, der Wahlkampf bescheiden. Aber man hat von der Juliwahl gesagt, sie rühre das Volk auf, sie erlichere die innere Gemächlichkeit, sie rühre die Verkläfften und politisiere den Unpolitischen. Was sollte aber, wenn man schon die Juliwahl als den Höhepunkt einer deutschen Wahlbewegung sieht, das gegen das Wahlfever in Amerika bedeuten. Dort erlebt man mit anderen Gefühlen und mit anderer Anteilnahme den Kampf zwischen den Parteien und zwischen den Kandidaten.

Und dabei gibt es einen Unterschied, der sicherlich viel zu der Verschiedenheit der beiden Wahlen beiträgt. Bei uns gibt es drei Duzend Parteien, kleine und große, radikal und gemäßigte. Solche, die alles aus den Augen heben wollen, solche, die alles Bekleidende verteidigen, solche, die unklar in ihrem Vollen und Wirken sind. In Amerika aber ist das ganze Volk, ist jeder Wähler vor allem Amerikaner. Dort kennt man nicht den Unterschied zwischen nationalen und antinationalen Parteien. Der Amerikaner ist eben Amerikaner, und damit ist der Gegenstand, wie wir ihn kennen, die Behauptungen, daß eine Partei nationaler als die andere ist, bereits erledigt. Und der Amerikaner ist Republikaner und Demokrat dazu. Wenn es nun nur zwei Parteien gibt, die republikanische und demokratische, so wollen sie im Grunde das gleiche und haben heraldisch menta Unterschiede. Die eine betont lediglich stärker die demokratische Seite, die andere die republikanische Seite. Das ist alles. Und gerade in der Herausarbeitung der geringen Unterschiede sind die Wahlmacher groß. Man kämpft in Amerika — um rein amerikanisches Erleben. Jede der beiden Parteien ist bereits einmal am Ruder gewesen. Und jede hat sich infolge dessen, weil regieren nicht immer leicht ist und Fehler da sind, daß sie gemacht werden, nach einer Richtung belagert. Diese Fehler werden nicht vergessen, und sie bewegen die öffentliche Meinung.

Aber gerade deshalb, weil beide Parteien demokratisch und republikanisch sind, weil beide gewissermaßen den gleichen Grundgedanken haben, ist es auch möglich, daß die Wähler leicht von einer Front zur anderen herüberwechseln. Sie verabschieden sich die Mehrheiten und so war der Sieg der Demokraten möglich, nachdem bei der letzten Wahl die Republikaner den Präsidenten stellten und der Präsident eine republikanische Regierung ernennen konnte. Sieht man die amerikanischen Wahlen von dieser Seite, so wird man sich auch klar, daß sie an sich heraldisch wenig Bedeutung für die Welt haben. Die Bedeutung liegt lediglich darin, daß im Wahlkampf verschiedene Programmpunkte deutscher herausgearbeitet werden und verschiedene Forderungen der Gegner prägnanter in Erscheinung treten. Diese umkämpften, vielfach gekümmerten Programmpunkte werden später Inhalt des Regierungsprogramms. Roosevelt hat es nun leicht gehabt, ein Programm zu formulieren, das der Zeit angepaßt ist. Wir leben in der Weltwirtschaftskrise, und Amerika insbesondere in der Prohibition. Was lag also näher, daß aus dieser Notzeit heraus Forderungen formuliert wurden, und zwar Forderungen, die vom bisherigen Kurs abwichen mußten, denn der jetzige Kurs hat sich ja, so sagt man, nicht bewährt. Die Demokraten haben also neue Methoden zur Belebung der Wirtschaft, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Auge gefaßt, und insbesondere hat das Wahlprogramm sich gegen die jetzige Zollgesetzgebung der Vereinigten Staaten gewandt. Es ist nun anzunehmen, daß die neue Regierung unter dem neuen Präsidenten neue Wege gehen wird, um von dem republikanischen Regime abzuweichen. Und es ist zu erwarten, daß dadurch doch eine Anregung für den Welt- und Geldmarkt kommt, die zu einem Konjunkturwechsel führen kann. Im übrigen haben wir bereits das Beispiel, daß amerikanische Präsidentenwahlen die konjunkturellen Tiefenlagen überwinden helfen. Was Amerika selbst angeht, so hat die Befestigung der Prohibition für die Vereinigten Staaten eine große Bedeutung. Der neue Präsident hat sich mit seiner Partei dahin festgelegt. Und da nunmehr aus den Wahlen auch eine demokratische Mehrheit im Unterhaus und im Senat zuhause kam, hat es der Präsident leicht, eine einheitliche Gesetzgebung ohne Kompromisse durchzuführen. Freilich werden, bis die neuen Männer am Ruder sind, noch lange Monate vergehen. Die Wirkung ihrer Pläne müßte also, wenn man sehr bald von diesen Wahlen eine Aenderung merken soll, vorausstrahlen.

Amerika liegt weit, und doch blicken wir am Ende der Wahl lust mit dem gleichen Interesse auf das Ergebnis, wie Amerika auf die deutschen Wahlen geblickt hat. Es ist schon gesagt, daß grundsätzlich für den Ausenstehenden die Aenderung ziemlich belanglos ist und daß sie sich erst erwählen muß. Aber wir haben doch am Tage des großen Wahls die amerikanische Mehrheiten die Pflicht, anzupreisen, daß auch der unterlegene Präsident Hoover alles getan hat, um das Leben Deutschlands zu erleichtern. Er war es, der das Jahresmoratorium durchführte, er war es, der sich immer wieder bemühte, die deutschen Zahlungen zu erleichtern und der die Gefahr der deutschen Reparationslasten anerkannte. Er hat für die Abklärung gewirkt. Und so wäre es ungerath, wenn wir Roosevelt, dem neuen Mann, aufzudecken wollten, ohne der Verdienste des Besten zu gedenken. Hoover konnte leider nicht aus der Befangenheit der Entwicklung heraus, und mußte mit dem Senat oft um die kleinen Nachlässe für Europa zingen. Ihm und da

Beratungen des Reichskabinetts.

Keine Experimente

Berlin, 10. November.

In der Mittwochsberatung des Reichskabinetts wurden zunächst laufende Angelegenheiten besprochen; unter ihnen war der wesentlichste Punkt das Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes. Präsident Sgrub hielt hierüber einen Vortrag, der zu dem Beschluß des Kabinetts führte, die Arbeitslager auch über den Winter fortbestehen zu lassen.

Dann beschäftigte sich das Kabinett in einer eingehenden Aussprache mit der innerpolitischen Lage. Die Aussprache ergab Einmütigkeit darüber, daß alles getan werden müsse, um zu einer nationalen Konzentration zu kommen. Das Kabinett denkt aber nicht daran zurückzutreten. Das gilt auch für einzelne Mitglieder des Kabinetts, über deren möglichen Rücktritt in den letzten Tagen falsche Gerüchte verbreitet worden sind. Im Gegenteil ist die Reichsregierung entschlossen, weiter ihren Weg zu gehen. Sie steht auf dem Standpunkt,

daß in einer so schwierigen Situation, wie wir sie jetzt haben, keine Zeit für irgendwelche Experimente ist.

Das praktische Ergebnis der Aussprache ist, daß der Kanzler am Donnerstag dem Reichspräsidenten entsprechende Vorschläge für die Verhandlungen mit den Parteiführern machen wird. Die Stunde des Empfangs beim Herrn Reichspräsidenten steht noch nicht fest. Die Aussprache mit den Parteiführern soll sehr bald stattfinden. Der Zeitpunkt wird im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten festgelegt werden. Sicher ist jedenfalls, daß der Kanzler die Absicht hat, sich mit den Parteiführern ernst über die Lage auszusprechen. Außerdem werden in den nächsten Tagen auch Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder stattfinden, soweit sie zu den Sitzungen des Reichsrats in Berlin anwesend sein werden. Diese Besprechungen werden frühestens am Freitag stattfinden.

Mit den Problemen der Verfassungsreform und der Kontingenzierungsfrage hat sich das Kabinett noch nicht beschäftigen können; diese Dinge bleiben späteren Beratungen vorbehalten.

Blutige Unruhen in Genf.

11 Tote, mehrere Verletzte.

Genf, 10. November.

Die Union nationale, eine Bürgerpartei, die sich erst vor kurzem in Genf gebildet hatte, veranstaltete am Mittwochabend im Gemeindefaal des Plainpalais eine Demonstration, um öffentliche Beschwerden zu führen gegen die Nationalräte Nicol und Dider. Unterdessen sprachen auf der Straße die Nationalräte Nicol und Trochet zu einer großen Menge. Gegen 9 Uhr wurden von der Menge die Absperrungen durchbrochen, worauf die Polizei einschritt. Die Demonstration artete schließlich zu einem reinen Aufruhr aus.

Als die Kompanie der Infanterie-Rekrutenschule auf Erlauchen der Polizei eintraf, wurden die Soldaten angegriffen, mehrere Rekruten in die Menge hineingerissen, ihnen die Gewehre abgenommen und auf dem Boden zerhauen. Die Soldaten zogen sich nach dem Boulevard de Pont d'Arce zurück und schossen mit Maschinengewehren, als sie sich um-

zingelt sahen. Die Erregung steigerte sich immer mehr und Lastwagen mit Maschinengewehrabteilungen wurden herangeführt. Die Sanitäter brachten die Verletzten ins Krankenhaus.

Nach den letzten Meldungen zählte man 3 Tote und 15 Schwerverletzte.

In Genf. Zu den Zwischenfällen am Mittwochabend werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Um 23 Uhr drängte sich die Menge noch immer in allen Straßen der Umgebung des Gemeindefaales. Gendarmen und Militär halten die Menge in Schach. Ferner haben an verschiedenen Straßenecken Lastwagen mit Maschinengewehren, jederzeit zum Eingreifen bereit. Bis kurz nach Mitternacht wurden 30 Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert, unter ihnen zahlreiche Schwerverletzte. Weiter wurden 15 verletzte Soldaten nach der Kaserne abtransportiert.

Genf. (Rundfunk.) Die Zahl der Todesopfer der gestrigen Zusammenstöße hat sich auf 11 erhöht.

der Senat nicht immer sein Vollen deckte, erhebliche Schranken auferlegt gewesen. Und wenn der amerikanische Präsident auch allmächtig ist, so hat er doch das Feingefühl zu besitzen, sich nicht mit seinen Mitarbeitern in allen Stücken zu übermessen. Jede seiner Handlungen wird ja verbucht für die spätere Wahl und belastet den Kandidaten oder die Partei. Mit der gleichen Anerkennung, mit der wir Hoover abtreten sehen, werden wir den neuen Mann begrüßen müssen, da er bisher schon bewiesen hat, daß er Sinn und Blick für die großen Weltzusammenhänge besitzt und die Befreiung der Welt von einem Krisendruck als sein Hauptziel ansieht. Roosevelt hat für Deutschland vor der Wahl bereits warme Worte gefunden, so daß wir seine Tätigkeit mit Vereingemommenheit abwarten können.

von Gronau in Altenheim gelandet.

Altenheim bei Rorschach. Der deutsche Weltflieger Wolfgang von Gronau ist gestern um 16.10 Uhr bei den Dornierwerken in Altenheim glatt gelandet. Er wurde von dem Erbauer seines Flugzeuges, dem bekannten Ingenieur Dr. Claude Dornier und anderen Herren der Dornierwerke begrüßt.

Heute nachmittag Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg wird heute nachmittag gegen 5 Uhr den Reichskanzler empfangen, der ihm die entsprechenden Vorschläge für die Besprechungen mit den Parteiführern machen wird.

Wie von ausländischer Stelle erklärt wird, werden sich die ernsthaften Bemühungen des Kabinetts in diesen Besprechungen mit den Parteiführern darauf richten, die Möglichkeit einer nationalen Konzentration zu schaffen. Man hält es in unterrichteten Kreisen für möglich, daß die erste Fühlungsnahme des Kanzlers mit den Parteiführern bereits im Laufe dieser Woche noch vor der für Montag vorgesehene Reise des Reichskanzlers nach Dresden erfolgen wird.

Kommunisten beantragen sofortige Reichstagsüberberufung

Berlin. (Rundfunk.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat, wie das Nachrichtenbüro des RdL. erfährt, an den Reichstagspräsidenten Goering ein Schreiben gerichtet, in welchem sie von ihm die sofortige Einberufung des neuen Reichstages verlangt. Nach Konstituierung des

Reichstages sollen zahlreiche kommunistische Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden, und zwar zunächst Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Papen und gegen einzelne Minister, Anträge auf Aufhebung verschiedener Notverordnungen und der von Sondergerichten gefällten Urteile, Anträge gegen den Versailles Vertrag, gegen die Währungsreform usw.

Sozialdemokraten beraten über den Anfall der Reichstagswahl.

Berlin. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat heute vormittag im Vorwärtsgebäude zu einer Sitzung zusammen, um die durch den Anfall der Reichstagswahlen geschaffene politische Lage zu besprechen.

Der „Große Plan“ des Jungdo

Berlin, 10. November.

Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Brahma, übergab der Presse den „Großen Plan“, den Vorschlag des Jungdeutschen Ordens zur Beilegung der Arbeitslosigkeit.

1) Durch Schaffung einer Million neuer deutscher Bauernhöfe würden vier Millionen Beschäftigung finden. 2) Die neu geschaffenen Dörfer würden einer halben Million Menschen in Handwerk, Gewerbe, Verwaltung und Verkehr einen neuen Arbeitsplatz geben. 3) Die Einführung der allgemeinen Volksdienstpflicht nehme 800 000 Jugendliche vom Arbeitsmarkt weg; somit seien rund 4,3 Millionen Menschen der Arbeitslosigkeit entzogen. 4) Die hiermit verbundene Sentung der Laffen führe der Wirtschaft das notwendige Kapital zu. Die Durchführung des riesenhaften Kolonisationswerkes fürbete die gesamte Wirtschaft von unien an. Das sei die Lösung der deutschen Wirtschaftskrise.

Brahma führte ferner aus, daß sich der Jungdeutsche Orden deshalb in den letzten Jahren politisch so zurückgehalten hatte, weil er der Meinung sei, daß die Probleme unserer Zeit nicht durch parteimäßige Massenorganisationen oder durch den Kampf mit dem Stimmzettel, sondern nur durch einen Ideenkampf bewältigt werden könne.

Zur Behebung der Staatsnot sei eine grundsätzliche Umgestaltung des Systems, die Abschaffung der Parteiherrschaft und völlige wirtschaftliche und politische Neuordnung notwendig. Die selbstarbe Ordnung, deren höchste Verkörperung der Feldmarschall von Fannenberg sei, sei richtig. Ihre Vorsehung habe sich als die bessere gezeigt und müsse daher an die Stelle des Geleises von Weimar treten.